

Sachen zeigen nachdrücklich den engen Zusammenhang zwischen der Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe und der Gewährleistung einer hohen Ordnung, Sicherheit und Flüssigkeit im Straßenverkehr.

Diese Zusammenhänge sind den Bürgern anschaulich aufzuzeigen, damit sie sich noch stärker mit dem Grundanliegen der Gewährleistung einer hohen Verkehrssicherheit vertraut machen. Dabei gilt es gleichzeitig die Erkenntnis zu vertiefen, daß hohe Ordnung und Sicherheit im Straßenverkehr unserer sozialistischen Lebensweise entspricht und dem Wohle, der Sicherheit und Geborgenheit der Bürger dient. Die verkehrserzieherische Öffentlichkeitsarbeit muß dazu beitragen, die sozialistische Gesetzlichkeit durchzusetzen, die aktive Mitarbeit der Bürger zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu fördern und die gesellschaftliche Unduldsamkeit gegenüber risikovollem, routinehaftem, undiszipliniertem bzw. leichtfertigerem Verhalten im Straßenverkehr noch breiter zu entwickeln.

Anforderungen an die Leitung und Planung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit

Die in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED und mit der Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes 1976 gestellten hohen Anforderungen an alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche bedingen auch neue und höhere Anforderungen an die Leitung und Planung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr. Davon ausgehend wendet sich die Zentrale Arbeitsgruppe „Sicherheit im Straßenverkehr“ an alle Arbeitsgruppen „Sicherheit im Straßenverkehr“ bei den örtlichen Räten, an die gesellschaftlichen Organisationen, an die Leiter der Betriebe und Einrichtungen sowie an die gesellschaftlichen Kollektive für Verkehrssicherheit in den Betrieben, Gemeinden und Wohngebieten und orientiert sie darauf, mit hoher Qualität, Effektivität und Massenwirksamkeit den Kampf um die Gewährleistung eines sicheren und flüssigen Straßenverkehrs zu führen.

Dabei gilt es, sowohl die bewährten Methoden und Erfahrungen der komplexen Verkehrsunfallverhütung, der gesellschaftlichen Mitwirkung sowie der Rechtersklärung und Rechtersziehung umfassend anzuwenden als auch neue Überlegungen anzustellen. Es ist eine noch größere Wirksamkeit bei der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere bei der Bekämpfung der Hauptunfallursachen und zur Beseitigung der Unfallbrennpunkte zu erzielen.

Des weiteren wird darauf orientiert, die Aufgaben zur Erhöhung der Verkehrssicherheit immer mehr zum untrennbaren Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs in den Betrieben bzw. des „Mach mit!“-Wettbewerbs in den Städten und Gemeinden zu machen und auf diese Weise auch in den Kampf um hohe Ordnung und Sicherheit einzubeziehen. Dabei gewinnt der weitere Ausbau der Mitwirkung der Werktätigen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in den Betrieben, Gemeinden, Wohngebieten, Schulen und Bereichen der Landwirtschaft an Bedeutung.

Die bewährte Form, die gesellschaftliche Initiative zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Straßenverkehr durch örtliche Verkehrssicherheitskonferenzen zu fördern sowie beispielgebende Verhaltensweisen von vorbildlichen Kraftfahrern durch Auszeichnung zu würdigen und zu popularisieren, sollte breite Anwendung finden. Kriterien eines vorbildlichen Kraftfahrers sind Vorbildhaltung, unfallfreies Fahren, gesellschaftliche Aktivität und wirtschaftliche Fahrweise. Diese Krite-

rien und die Motive der Bürger, sich im Straßenverkehr vorbildlich zu verhalten, sollten in der Öffentlichkeitsarbeit stärker sichtbar gemacht werden.

Bilanz gesellschaftlicher Tätigkeit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Die Zahl der Verkehrssicherheitsaktive in den Betrieben erhöhte sich um 25 Prozent, die der Arbeitsgruppen „Junge Verkehrshelfer“ um 23 Prozent und die der freiwilligen Helfer der Verkehrspolizei um 28 Prozent. Eine ähnliche positive Entwicklung zeigt sich auch hinsichtlich der Anzahl der Schülerlotsen.

Insgesamt gibt es zur Zeit in der DDR 11 000 Verkehrssicherheitsaktive der Betriebe, in denen mehr als 65 000 Werktätige ehrenamtlich mitarbeiten. In dieser Beziehung ist besonders der Beschluß des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes über die Aufgaben der Gewerkschaften zur Erhöhung der Sicherheit im Straßen- und innerbetrieblichen Verkehr vom 11. Oktober 1972 (Informationsblatt des Bundesvorstandes Nr. 15/November 1972) hervorzuheben. Die Aktivitäten und Initiativen der Verkehrssicherheitsaktive und ihrer Mitglieder wurden dadurch sehr gefördert. Neben vielfältigen Maßnahmen zur Rechtersklärung und Rechtersziehung in den Betrieben nehmen sie Einfluß auf die Gewährleistung des Verkehrs- und betriebssicheren Zustandes der Kraftfahrzeuge der Betriebsangehörigen.

In den Gemeinden und Wohngebieten sind des weiteren 7 800 Arbeitsgruppen für Verkehrssicherheit tätig, in denen über 50 000 Bürger an der weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit mitwirken.

Ausgehend von den objektiven Erfordernissen der Lösung komplexer Probleme des Straßenverkehrs sowie der rationellen und effektiven Nutzung ihrer Möglichkeiten sind viele Verkehrssicherheitsaktive der Betriebe und Arbeitsgruppen für Verkehrssicherheit in den Gemeinden und Wohngebieten zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in Form von Verkehrserziehungszentren übergegangen, zur Zeit sind es über 700. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich gegenwärtig auch in den Bereichen der Landwirtschaft, insbesondere in den Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion und in Gemeindeverbänden.

An den Schulen sind 3 300 Arbeitsgruppen „Junge Verkehrshelfer“ sowie über 13 000 Schülerlotsen tätig, die durch ihre Arbeit zum wirksamen Schutz ihrer Mitschüler vor den Gefahren im Straßenverkehr beitragen.

Desgleichen unterstützen über 12 000 freiwillige Helfer die Verkehrspolizei bei der Verkehrsüberwachung, Verkehrsregelung und -kontrolle sowie in der Verkehrserziehung und Verkehrsunfallbearbeitung.

Über 14 500 ehrenamtliche Lektoren vermitteln in 17 000 Schulungszirkeln monatlich vielen Hunderttausenden Bürgern Kenntnisse über die Verkehrsvorschriften und zum verkehrsgerechten Verhalten.

Zur Bilanz der gesellschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit gehört schließlich noch, daß in den letzten drei Jahren durch gesellschaftliche Kräfte im Zusammenwirken mit der Verkehrspolizei der gesamte Kraftfahrzeugbestand technisch überprüft wurde und daß allein im Jahre 1975 über 10 000 Kraftfahrer mit der Auszeichnung „Vorbildlicher Kraftfahrer“ geehrt wurden.

Das läßt die gesellschaftliche Breite erkennen, die bereits erreicht worden ist. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß es noch weitere Reserven zu erschließen gilt. So sind z. B. noch nicht in allen Betrieben Verkehrssicherheitsaktive und noch nicht in allen Gemeinden bzw. Wohngebieten Arbeitsgruppen für